



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
Postfach 42 49

58095 Hagen
58042 Hagen

Tel: 02331 207 - 3505
Fax: 02331 207 - 2495

spd-fraktion-hagen@online.de | www.spd-fraktion-hagen.de

An Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause

Hagen, 16. November 2015

Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Hagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des Rates am 26. November 2015 nach §6 Abs.1, (GeschO).

Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsvorstand nimmt einen Strategiewechsel in der Flüchtlingsunterbringung vor und wird zukünftig vor allem eigene Unterkünfte in Form von Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Dazu ist es erforderlich, ein Personal- und Organisationskonzept zu erstellen und dem Rat vorzulegen.
2. Mit den Wohnungsbaugenossenschaften und weiteren Immobilienbesitzern wird ein Belegungskonzept für leerstehende Wohnungen entwickelt, welches für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Stadtteilen sorgt. Familien mit Kindern sollten hier Priorität haben.
3. Die Verwaltung entwickelt einen Integrationsplan für Flüchtlinge mit Partnern und Institutionen wie den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen, der SIHK, der Kreishandwerkerschaft, der Bundesagentur für Arbeit, den Gewerkschaften etc.
4. Die Verwaltung entwirft auf Basis der aktuellen Flüchtlingszahlen für Hagen unterschiedliche Szenarien in denen dargestellt wird, welche Auswirkungen der Strategiewechsel gegenüber dem jetzt eingeschlagenen Weg haben wird.
5. Zur Unterstützung der Verwaltung und zur politischen Kontrolle wird ein Ausschuss für Flüchtlings- und Zuwanderungsproblematik ins Leben gerufen.

Begründung:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen lehnt Großunterkünfte in Schulen, Turnhallen oder Firmengebäuden für Flüchtlinge ab. Die für die dort lebenden Menschen oft unzumutbare Lebenssituation über Wochen oder gar Monate hinweg ist hinlänglich bekannt. Auch das Wohnumfeld steht solchen Unterkünften immer kritischer gegenüber. Wiederkehrende Bürgerversammlungen zu plötzlich gefundenen und bestimmten Unterbringungsmöglichkeiten werden von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zunehmend kritischer gesehen. Diese Form von Veranstaltungen kann in Zukunft verzichtet werden, wenn endlich ein umfassendes Konzept präsentiert wird. Die SPD-Fraktion sieht gerade unter diesem Gesichtspunkt das Vorgehen des Verwaltungsvorstandes, vor allem Landeseinrichtungen in Hagen zu realisieren, für zu kurz gedacht. Zwar werden die Kosten für diese Unterkünfte komplett vom Land übernommen, aber diese Menschen werden nach einiger Zeit überall in NRW verteilt. Der OB und der Verwaltungsvorstand geben an, dass die Unterbringung von Flüchtlingen, die sich noch in der Verantwortung des Landes befinden, die kostengünstigste Variante für Hagen ist. Ungeachtet der Tatsache, dass der Begriff

„kostengünstig“ im Zusammenhang mit menschlichen Schicksalen grenzwertig ist, fordern wie eine detaillierte Aufstellung der unterschiedlichen Kostenbelastungen für die jeweiligen Flüchtlingssituation. Zumal die aktuelle Einigung der Kommunalen Spitzenverbände mit dem Land NRW dazu führt, dass die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen in eigenen Unterkünften deutlich besser finanziert werden.

Mit dem eingeschlagenen Weg kann Hagen den Bevölkerungsschwund nicht aufhalten. Statt immer neue Landeseinrichtungen nach Hagen zu holen, sollte es einen strategischen Wechsel in der Flüchtlingspolitik in Hagen geben. Wir brauchen eigene Einrichtungen, die die Integration von Flüchtlingen, die eine dauerhafte Bleibeperspektive haben, in unseren Stadtteilen begleiten. Sozialraumorientierte Integration in den rund 8000 leerstehenden Wohnungen muss das Ziel der Hagener Flüchtlingspolitik sein. Als Beispiel ist hier die Stadt Altena im Märkischen Kreis zu nennen, die seit Jahren unter starkem Einwohnerschwind leidet. Altena nimmt aktuell 100 Flüchtlinge über die Zuweisung hinaus auf, um sie in der Kommune zu integrieren und zu halten.

Die umfangreiche Aufnahme von Flüchtlingen ist für eine HSP-Kommune eine Herausforderung, deren Bewältigung viele Jahre dauern wird. Diese Herausforderung birgt aber auch eine enorme Chance. Viele junge und zum Teil gut ausgebildete Menschen erreichen auch unsere Stadt Hagen. Gerade in Anbetracht des deutlichen Bevölkerungsschwundes in unserer Stadt und dem damit einhergehenden drohenden Rückbaus städtischer Infrastruktur müssen wir die Flüchtlingsdiskussion in unserer Stadt nicht nur unter Kostengesichtspunkten führen, sondern als Chance für eine gute Zukunft unserer Stadt sehen.

Die Wohlfahrtsverbände, mit ihren über die Ortsteile verbreiteten Organisationsebenen, wären zusammen mit den Kirchen und ihren Gemeinden ideale Partner einer gelingenden Integration für Flüchtlinge. Die Stadtspitze muss sich Gedanken über Projekte machen, die in Zusammenarbeit mit SIHK, Kreishandwerkerschaft, Bundesagentur für Arbeit und Gewerkschaften das Ziel haben, Flüchtlinge über das Erlernen der deutschen Sprache schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Der SPD-Fraktion ist völlig klar, dass die bestehenden wie auch vor uns liegenden Aufgaben bzgl. der Flüchtlinge nicht mit aktuellen personellen Ressourcen und der Verwaltungsorganisation zu schaffen sind. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und alle anderen Menschen (Ehrenamtliche), die sich seit Monaten hierbei einbringen, leisten Unglaubliches. Ihnen gelten unser Dank und unsere Anerkennung. Es ist aber schon lange erkennbar, dass diese Menschen endlich weitere Unterstützung brauchen, denn ohne die erforderlichen Personalressourcen kann eine solche gewaltige Aufgabe nicht gelöst werden. Die zu erwartende Aussage bzgl. der fehlenden finanziellen Mittel ist nicht nur ermüdend, sondern kann auch sachlich nicht akzeptiert werden, da es sich hierbei um eine hoheitliche verpflichtende Aufgabe der Kommune handelt. Der SPD-Fraktion ist es aber ein besonderes Bedürfnis, die Flüchtlingsdiskussion nicht in erster Linie unter finanziellen Gesichtspunkten zu führen. Es geht um Menschen, die aus ihrer Heimat geflohen sind, teils Familienangehörige im Krieg oder auf der Flucht verloren haben und oftmals mit nicht mehr als einem Koffer und Kindern an der Hand vor ihrer unsicheren Zukunft stehen. Zu allererst müssen wir uns fragen, wie diesen Menschen geholfen werden kann, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen und wie es uns gelingen kann, diese Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Diese Fachlichkeit ist jetzt gefragt, und nicht die Ökonomie.

Mit freundlichem Gruß



Ramona Timm-Bergs
Sprecherin Sozialausschuss



Mark Krippner
Fraktionsvorsitzender/Bezirksvertretung Hohenlimburg

Bezirksvertretung Eilpe-Dahl
gez. Michael Dahme

Bezirksvertretung Haspe
gez. Dietmar Thieser

Bezirksvertretung Mitte
gez. Arno Lohmann

Bezirksvertretung Nord
gez. Andreas Schumann